

# NZZ am Sonntag

## AHV-Steuer-Deal

### Eine Guillotine nach Schweizer Art

Die Schweiz hat zwei Themen, in denen sie politisch nicht vorankommt. Weil aber bei beiden die Dringlichkeit einer Lösung gross ist, legt man sie zusammen, verknüpft sie auf Gedeih und Verderb mit einer Art Guillotineklausel (à la EU-Verhandlungen) und verhilft ihnen damit womöglich zum Durchbruch. So könnte man das Paket umschreiben, das die «Schattenregierung» im Ständerat geschnürt hat, um die Finanzierung der AHV für einige Jahre zu sichern und die Reform der Firmensteuern ins Trockene zu bringen. Die Chancen stehen gut, dass der Deal auch die Beratungen im Nationalrat übersteht. Zwei Dinge sind bemerkenswert. Zum einen trägt das Vorgehen Züge einer parlamentarischen Demokratie: Das Volk kann am Schluss nur noch Ja zum Gesamtpaket der Regierungsparteien sagen und sich nicht (oder höchstens pro forma) zu einzelnen Sachvorlagen äussern, wie das in einer direkten Demokratie üblich wäre. Zum anderen handelt es sich um ein Lehrstück in Sachen Interessenspolitik. Weil für die Linke wie auch für die Rechte zentrale Sachfragen zur Debatte stehen, werden hehre Grundsätze beiseitegeschoben. Daraus kann man folgern: Wenn es um wirklich wichtige Interessen geht, gilt auch hierzulande das Bonmot des früheren deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl: «Entscheidend ist, was hinten rauskommt.» *Luzi Bernet*

## Politischer Islam

### Österreich zeigt den richtigen Weg gegen radikale Imame

Die Justiz in Österreich geht gegen den radikalen Islam vor, und das ist richtig. Sieben Moscheen wurden geschlossen und Ermittlungen gegen 40 Prediger aufgenommen. Die Mitte-Rechts-Regierung von Kanzler Sebastian Kurz hat die Ankündigung diese Woche zwar effekthaschend inszeniert. Und doch zeigt Kurz, dass es einen rechtsstaatlich sauberen Weg gegen fragwürdige Moscheen gibt. Dazu braucht es keine Religionspolizei und keine Gesinnungstests. Als wirkungsvoll erwiesen hat sich vielmehr das seit 2015 geltende Verbot der Auslandsfinanzierung muslimischer Gemeinden. Denn diese ist oft mit Indoktrination verbunden, wie der konkrete Fall zeigt: Die betroffenen Imame liessen sich laut den Ermittlern indirekt von der türkischen Regierung finanzieren und verbreiteten deren Propaganda. Österreich beweist somit, dass es sich lohnt, dem Geld zu folgen. Daraus sollte man in der Schweiz lernen, wo der radikale Islam ebenfalls Anlass zur Sorge gibt. Ein erster Schritt wäre, die religiösen Gemeinschaften hierzulande zu finanzieller Transparenz zu verpflichten. Damit würde die Religionsfreiheit nicht beschnitten. Aber sichergestellt, dass die, die sich darauf berufen, keine finsternen Ziele verfolgen. *Matthias Knecht*

## Formel E

### Kleinkarierte Linke

Es müsste ein Fest sein für die links-grünen Politiker in Zürich. Die Formel E - ein Autorennen mit Elektroboliden - kommt heute Sonntag in die Stadt. Die Wagen fahren leise und abgasfrei, und weil das Rennen in der Stadt stattfindet, reisen die 150 000 Zuschauer per ÖV an. Beste Werbung also für eine umweltschonende Mobilität, vollständig privat finanziert. Aber die Nörgler bei SP und Grünen wollen das Rennen in Zukunft verhindern. Es sei eine Belastung für die Bevölkerung und Werbung fürs Autofahren. Es müsse ausserhalb der Stadt stattfinden. Tolle Idee. Dann fahren alle mit dem Auto hin. Dafür müssten sich die kleinkarierten Linken nicht ansehen, wie eine grüne Technologie auch ohne ihre gütige Mithilfe zum Erfolg wird. *Michael Furger*

## Chappatte



## Der externe Standpunkt

# Beim Einkauf darf der Bund nicht nur auf den Preis schauen

Uniformen, Randsteine, Computer – öffentlich beschaffte Waren müssen sozial verantwortlich hergestellt sein. Das würde auch dem Schweizer Gewerbe nützen, **meint Bernd Steimann**

In der kommenden Woche beschäftigt sich der Nationalrat mit der Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB). Das Gesetz regelt, wie und nach welchen Kriterien der Bund, die Kantone und die Gemeinden ihre Güter und Dienstleistungen einkaufen dürfen: Uniformen für die Armee, Computer für die kantonale Verwaltung, Randsteine für den Dorfplatz. Im Vordergrund stehen die Anpassung des Gesetzes an die geltenden Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) und die Harmonisierung des Beschaffungswesens zwischen den Kantonen. So technisch die Vorlage auch daher kommen mag – praktisch geht es um ein jährliches Einkaufsvolumen von rund 40 Milliarden Schweizer Franken, ein beachtlicher Teil davon aus dem Ausland. Dabei geht es auch um Nachhaltigkeit.

Im vorliegenden Gesetzesvorschlag bekräftigt der Bundesrat immerhin seinen Willen zu mehr Nachhaltigkeit; das neue Bundesgesetz soll auch dazu beitragen, dass die öffentliche Hand nachhaltiger einkauft. Wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte sollen gleichermassen berücksichtigt werden, und der Zuschlag soll künftig nicht mehr einfach an den billigsten Anbieter gehen. Damit folgt der Bundesrat dem Trend, beim Einkauf verstärkt auf Umweltaspekte zu achten. Selbst Economie-suisse, der Dachverband der Schweizer Wirtschaft, plädiert mittlerweile für ökologische Beschaffungskriterien. Im sozialen Bereich aber liegt weiterhin vieles im Argen. Für all jene, die schon heute auch sozial nachhaltig einkaufen möchten, bleiben die Hürden zu hoch.

Zwar müssen die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation in Zukunft zwingend eingefordert werden, um wenigstens Kinder- und Zwangsarbeit zu verhindern. Diese sind jedoch äusserst eng gefasst und decken so wichtige Themen wie Sicherheit am Arbeitsplatz oder geregelte Arbeitszeit nicht ab. Zudem will der Bundes-

rat keine wirksamen Kontrollen zur Einhaltung dieser Normen, sondern setzt weiterhin auf sogenannte Selbstdeklaration der Anbieter. Diese Praxis des blinden Vertrauens hat in den vergangenen Jahren wiederholt für negative Schlagzeilen gesorgt. In Erinnerung bleiben etwa Armeestiefel, die in Osteuropa für einen Hungerlohn genäht wurden. Oder Zivilschutzuniformen, die der Auftragnehmer entgegen allen Abmachungen in einem indischen Slum fertigen liess. Wohin fehlende oder mangelhafte Kontrollen im Extremfall führen können, zeigte sich 2013, als der Einsturz der bengalischen Textilfabrik Rana Plaza über tausend Todesopfer forderte.

«Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser», muss darum auch für das öffentliche Beschaffungswesen gelten. Denn mit der heutigen Praxis schadet sich die Schweiz gleich doppelt. Einerseits untergräbt der Bund seine eigene Entwicklungszusammenarbeit, mit der er bessere Arbeitsbedingun-

gen und eine nachhaltige Wertschöpfung fördert. So ermöglicht er zum Beispiel jungen Frauen in Westafrika eine Berufslehre oder finanziert Ausbildungsprogramme in Osteuropa, womit er Jugendlichen Perspektiven im eigenen Land schafft. Vergibt die öffentliche Hand nun gleichzeitig Millionen-aufträge an Firmen in diesen Regionen, die sich nicht um die Gesundheit ihrer Angestellten kümmern und Löhne zahlen, die kaum zum Leben reichen, untergräbt sie ihre eigenen Bestrebungen. Kohärente Politik sieht definitiv anders aus.

Andererseits schadet das geltende Beschaffungswesen dem einheimischen Gewerbe. Kleine und mittlere Unternehmen in der Schweiz, die sich bewusst mit innovativer, nachhaltiger Produktion am Markt positionieren, haben in öffentlichen Ausschreibungen oft das Nachsehen. Das betrifft auch Schweizer Firmen, die im Ausland sozial nachhaltig produzieren lassen – etwa Textilien oder Natursteine – und sich dafür regelmässig unabhängigen, externen Kontrollen unterziehen lassen. Gegen Anbieter, die im Ausland zu Tiefpreisen produzieren lassen und ihre Preise auf Kosten der Arbeiterinnen und Arbeiter drücken, können sie preislich schlicht nicht mithalten. Von gleich langen Spiessen kann keine Rede sein. Wirksame Kontrollen sowie eine freiwillige Ausweitung der Sozialkriterien würden hier wenigstens teilweise für einen Ausgleich sorgen – und wären erst noch WTO-konform.

Das Parlament hat nun kommende Woche die Chance, hier korrigierend einzugreifen und im neuen Beschaffungsgesetz wenigstens die Möglichkeit für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung zu verankern, welche diesen Namen auch wirklich verdient. Der Bund soll nicht nur vom fairen Einkauf reden, er soll es auch tun. Damit wäre nicht nur eine kohärente Politik garantiert, sondern es würde auch den zahlreichen innovativen, sozial verantwortungsvollen Schweizer Unternehmen zugutekommen.

## Bernd Steimann



Bernd Steimann, 41, leitet bei der Entwicklungsorganisation Helvetas politische Kampagnen. Der promovierte Geograf ist auch als strategischer Berater für lokale Partnerorganisationen von Helvetas in Asien, Afrika, Lateinamerika und Osteuropa tätig und engagiert sich in der NGO-Koalition Öffentliche Beschaffung.